

Frankenberger Tageblatt

und Bezirksanzeiger.

erschint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends um den folgenden Tag.
Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., monatlich 60 Pf., Einzel-Nr. 6 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Postboten und die Ausgabestellen des Tageblattes an.

Inserate werden mit 4 Pf. für die gespaltene Korpuszeile berechnet.
Kleiner Inseratenbetrag 20 Pf.
Kontingente und besondere Inserate nach besonderem Tarif.
Inserate für die Feuilleton-Abtheilung des Nachmittags 10 Pf.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg.

Abonnements auf den Monat März werden von uns allen Postanstalten und den Zeitungsboten noch angenommen.
Expedition des Tageblattes.

Bekanntmachung.

Nach einem Beschlusse der Bezirks-Versammlung soll auch in diesem Jahre unbemittelten, dem hiesigen Bezirk angehörigen Eltern die Unterbringung **scrophulöser Kinder** im Alter von 3 bis 14 Jahren in die Heilanstalt in **Soolbad Frankenhäuser** auf Kosten des Bezirks ermöglicht werden.

Diesbezügliche Gesuche, in welchen namentlich zu erwähnen ist, ob die erste mit dem 29. Mai beginnende oder die spätere Kurzeit (Mitte August) benutzt werden soll, sind unter Beifügung eines von der Gemeindebehörde auszustellenden Armutsgeweihe, sowie eines ärztlichen Zeugnisses darüber, daß den betreffenden Kindern Soolbäder verordnet sind, und daß es frei von ansteckenden Krankheiten ist, bis zum **20. März 1888** anher einzureichen.

Die unterzeichnete Behörde ist zu weiterer **Auskunftsvertheilung** jederzeit gern bereit.
Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, am 6. März 1888.
Dr. von Gehe. 3.

Bekanntmachung.

Unter dem Rindviehbestande des Wirtschaftsbefizers, Fleischer und Materialwarenhändlers **Friedrich August Ulbricht in Oberlichtenau** ist die **Rau- und Klauenseuche** ausgebrochen, was hierdurch gemäß § 65 der Ausführungsverordnung zum Viehschutzgesetz vom 9. Mai 1881 zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, am 7. März 1888.
Dr. von Gehe. 3.

Bekanntmachung.

die **Löperinnung zu Frankenberg** betreffend.

Die Königl. Kreishauptmannschaft zu Zwickau hat auf Grund allgemeiner Anordnung beschlossen, die **Löperinnung zu Frankenberg** gemäß Artikel 3 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 18. Juli 1881, zu schließen.

Es werden daher alle diejenigen, welche noch Forderungen an die genannte Innung haben, aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung des Verlustes derselben bis zum

15. dieses Monats

bei uns anzumelden.

Frankenberg, am 6. März 1888.

Der Stadtrath.

i. V.

Stephan, St. Rath. 2.

Ordentliche Generalversammlung

der Ortskrankenkasse **Altenhain, Braunsdorf, Lichtenwalde mit Nittergutsbezirk**

Sonntag, den 11. März, Nachmittags 2 Uhr in Herrn **Böhse's Restauration Braunsdorf.**

Tagesordnung:

Ablegung der Rechnung vom Jahr 1887 und Justification derselben.
Um zahlreiches Erscheinen bittet

der Vorstand.

G. Fischer, d. B. Vorsitzender.

Vom Reichstage.

Auf der Tagesordnung der 55. Sitzung vom 7. d. stand zunächst: Erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Auslegung des Gesetzes, betr. die Einführung des deutschen Strafgesetzbuches in Elsaß-Lothringen. Nach der Vorlage sollen gewisse strenge Bestimmungen über die Bestrafung von Verbrechen, von aufrührerischen Rufen, Tragen und Aushängen von unerlaubten deutschfeindlichen Abzeichen durch Einführung des Strafgesetzbuches nicht außer Kraft gesetzt sein. Unterstaatssekretär v. Puttkamer begründete die Vorlage mit dem Hinweis darauf, daß in Elsaß-Lothringen auf solche Ausnahmestimmungen nicht verzichtet werden könne, so lange dort deutschfeindliche Bestrebungen zu Tage treten.

Erzöger (frei.) beantragte Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Ohne Kommissionsberatung sei es seinen politischen Freunden unmöglich, für die Vorlage zu stimmen. — Freier (nat.-lib.) befürwortete unveränderte Annahme der Vorlage. Die Verweisung an eine Kommission würde Ablehnung bedeuten, denn bei der Geschäftsloge des Hauses sei die Erledigung in dieser Session dann unmöglich. — Hartmann (kons.) erklärte sich gleichfalls gegen Kommissionsberatung. Die Sache sei eilig und klar, sodaß sie nicht auf die lange Bank geschoben zu werden brauche. Der Antrag auf Kommissionsberatung wurde darauf abgelehnt, die zweite Beratung findet direkt im Plenum statt. Der Gesetzentwurf, betr. den Reingewinn aus kriegsgeschichtlichen Werken des großen Generalstabes, sowie die internationale Altersversicherungsconvention wurde debattelos in erster und zweiter Beratung angenommen. Der Nachtragsetat, betr. den Bau strategischer Bahnen, wurde auf Antrag v. Bennigsen der Budgetkommission zur schleunigen Beratung überwiesen. Es folgte dritte Beratung des Gesetzentwurfes, betr. die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen. Singer (Soz.-Dem.) machte die Nationalliberalen für das Zustandekommen dieses Gesetzes verantwortlich und behauptete, die Vorlage richte sich weniger gegen die Hoch- und Landesverratsprozesse, als vielmehr gegen die Sozialdemokratie, da die Regierung eingesehen habe, daß das Sozialistengesetz keine ausreichende Waffe sei. — Kulemann (nat.-lib.) protestierte dagegen, daß seine Partei die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen vernichten wolle. In dem Gesetzentwurf könnte ja manches noch anders gefaßt sein, aber Bedenken könne er nicht weiter erwecken. — Strombeck (Centr.) erklärte sich entschieden gegen die

Vorlage. — Erzöger (frei.) wendete sich gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage, insbesondere demangelte der Redner die Dehnbarkeit der Paragraphen und befürwortete nochmals seine in zweiter Lesung abgelehnten Anträge. — Nachdem noch Jahn (kons.) für die Vorlage gesprochen, wurde dieselbe ohne weiteres definitiv angenommen. Es folgte dritte Beratung der Anträge Adermann-Flye, betr. die Sonntagsruhe. Rietzhammer (nat.-lib.) bezeichnete die Regelung der Sonntagsfrage als ein Glied der Sozialreform und hoffte, daß der Bundesrat sich dem einmütigen Beschlusse des Reichstags gegenüber nicht ablehnend verhalten werde. — Stöcker (kons.) war der Ansicht, daß der Ausfall der Sonntagsarbeit die Arbeitslöhne erhöhen werde. Die große Mehrheit der Arbeiter habe sich zudem für die ideale Forderung der Sonntagsruhe ausgesprochen. Der blaue Montag erkläre sich einfach aus der Indignation der Arbeiter, die am Sonntag arbeiten müßten. Nehme der Reichstag die Anträge einmütig an, so würden auch die verbündeten Regierungen nicht länger zögern, ihre Zustimmung zu erteilen. — Bebel erklärte namens der Sozialdemokraten, daß sie, nachdem der § 105a der Vorlage in der zweiten Lesung eine solche Abschwächung erfahren, gegen das Gesetz stimmen würden. England und Amerika, die beiden größten Industriestaaten, hätten ihre Sonntagsfeier, warum solle Deutschland als dritter fehlen? Es würde sich überhaupt empfehlen, endlich eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung deutscherseits anzulegen. Die Diskussion wurde geschlossen und die Vorlage unverändert angenommen. Es folgte dritte Beratung der Anträge, betr. die Entschädigung unschuldig Verurteilter. Der Antrag wurde ohne Diskussion gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Es folgten Wahlprüfungen. Die Wahlen Dommes (4. Marienwerder) und Böhm (5. Hessen) wurden für gültig erklärt. Nächste Sitzung Donnerstag.

Örtliches und Sächsisches.

Frankenberg, 8. März 1888.

† Mit Rücksicht auf die bevorstehende geschlossene Zeit, vom Montag nach dem Sonntage Latare, den 12. März d. J., an bis zu und mit dem 1. Osterfesttag, den 1. April d. J., wird hiermit noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß innerhalb derselben keinerlei Tanzmusik stattfinden darf. — Weiter sei darauf hingewiesen, daß nach § 16 der Trauordnung vom 23. Juli 1881 ebenso wie an den ersten Feiertagen der 3 hohen

Feste (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) sind an den Bußtagen, so auch in der Karwoche (vom Montag bis einschließlich Sonnabend) Trauungen nicht vorgenommen werden dürfen.

† H. Gestern, Mittwoch, Abend hielt der Verein der „Herberge zur Heimat“ bei recht zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern und Freunden seiner Sache seine ordentliche Jahresversammlung im Saale der Herberge ab. Eingeleitet wurde die Versammlung durch eine erschienenen Vertretung des Vereins „In Rat und That“. Der bewährte jetzige Vorsitzende dieses Vereins, Herr Stadtrat Trabert, nahm das Wort, um in herzlichem Weist dem Bruderverein in seinem eigenen Heim den Glückwunsch des von ihm vertretenen Vereins darzubringen, sagend, wie beide Vereine die gleichen Ziele verfolgen im Dienste der Humanität, wie sie eins seien in der christlichen Liebe zu dem leidenden Mitmenschen, der eine der Not der armen Mitbürger unserer Stadt mit Rat und That zu wehren suche, der andere dem unflüchtigen Wanderer mit Erfolg ein freundliches Asyl zu schaffen strebe, überreichte dann der Herberge im Namen des Vereins „In Rat und That“ als sinnigen Schenk eine Christusstatuette von Thorswalden, die mit freudigen Dankesworten von dem Vorsitzenden der Herberge, Herrn Oberpf. Besh, entgegengenommen wurde. — Der Jahresbericht des ebengenannten Herrn Vorsitzenden über das verstlossene Vereinsjahr 1887 setzte mit Worten des Bedauerns und der Trauer ein, die zweiten Männern galten, deren Verlust der Verein schmerzlich zu beklagen habe: dem nach Dresden verzogenen Herrn Stadtrat Dr. Wedding und dem vor kurzem verstorbenen Herrn Rentner Karl Teichmann, beides bewährte und verdiente Helfer und Förderer im Dienste des Vereins, deren edlem Streben der Herr Vorsitzende Dank und Anerkennung zollte und die die Anwesenden durch Erheben von ihren Plätzen ehrten. Als ein freudiges Ereignis dagegen ist aus dem vergangenen Jahre die Erwerbung eines eignen Hausgrundstückes zu nennen, wozu der Verein durch die mißlichen Verhältnisse gezwungen wurde, die mit den bis dahin erpachteten Räumen verknüpft waren. Die Erwerbung selbst wurde fürs erste dadurch erleichtert, daß von seiten einer edlen Frau eine namhafte Geldsumme auf Jahre zinsfrei zur Verfügung gestellt wurde. Wohl ist die Schuldenlast des Vereins eine nicht unbedeutende, doch lebt er der sicheren und tröstlichen Hoffnung, daß neben den eigenen Einnahmen die so oft bewährte hochherzige Wohlthätigkeit der Bewohner Frankenburgs ihm helfen werde, die eingegangenen Verbindlichkeiten ge-

recht zu werden. Ist es ihm doch schon jetzt gelungen, aus den bereiteten Mitteln, wozu auch der Kreisverein für innere Mission wiederholt sein Scherflein beigetragen hat, die anständige Ausstattung seiner Räume zu ermöglichen und seinen Wandersleuten und Gästen einen freundlichen und angenehmen Aufenthalt zu bieten. In letzterem trägt namentlich die tüchtige und liebenswürdige Verwaltung des Hauswesens bei, die in den arbeitsfertigen Händen des Herrn Schellenberger und seiner Ehefrau liegt. Es ist die Erwerbung dieses ehrbaren Ehepaars für diesen wichtigsten Dienst der Herberge ein wahrer Segen zu nennen, denn tüchtigeres, aufopfernderes und uneigennützigeres Wirken und Schaffen im Dienste einer guten Sache kann kaum gedacht werden. Auch zu weiteren Zwecken sind die Räume der Herberge bereits dienstbar gemacht worden. Denn während die freundliche Gaststube zu angenehmem Aufenthalt für einen Abendtrunk einladet, dient der geräumige Saal des Hauses, in dem, wie verlautet, demnächst sogar eine bescheidene Hochzeitsfeier stattfinden soll, dem Jünglingsverein und dem Jungfrauenverein zu ihren Wochenversammlungen. Auch die Ziele dieser beiden Vereine sind, wie die der Herberge, darauf gerichtet, Sittlichkeit und wahre Gottesfurcht zu pflegen und zu verbreiten und dem, der danach sucht, ein gutes Wort mitzugeben auf den oft so schweren Lebensweg. Der Herr Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem warmen Danke an alle die guten Menschen, die dem Verein bis dahin mit Rat und That beigetragen haben, und gegen Gott, der das schöne Werk so herrlich bis hierher geführt hat. Weiter kam der Vertrag zur Annahme, den der Verein, der die Rechte einer juristischen Person bis jetzt noch nicht erworben, mit den nominalen Besitzern seines Grundstückes geschlossen hat. Es wurden die nötigen Wahlen erledigt und schließlich die Jahresrechnung abgenommen, die, wie bisher, von dem Rechnungsführer des Vereins, Herrn Bosdorf, in so dankenswerter Weise fertiggestellt worden. Der Kassenbericht trägt für 1887 einen Vermögensbestand von rund 2142 Mark vor, er verzeichnet an Geschenken und eigenen Einnahmen 3826 Mark, und an Ausgaben 4759 Mark, sodas er mit einem Kassenverzug aufs Jahr 1888 von 1209 Mark schließt; das Barvermögen des Vereins hat sonach in dem gedachten Zeitraum eine Minderung von 933 Mark erlitten. Hieran knüpft der Herr Vorsitzende die Hoffnung, daß die vom Verein ausgegebenen unverzinslichen Anteilsscheine von je 10 Mark, deren Rückzahlung ab 1891 mit jährlich 50 Mark erfolgen soll, freundliche und gütige Abnehmer finden sollen, wie auch bereits zum Teil geschehen. Noch wurde von Herrn Oberpfarrer dankend der Geschenke gedacht, die dem Verein aus Anlaß seiner Neueinrichtung zugeflossen sind. Außer der erwähnten Christus-Statuette vom Verein zu Rat und That erhielt die Herberge vom Jünglingsverein eine schön gebundene Bibel, vom Gewerbeverein einen mit Schreibmaterialien ausgestatteten Wandschrank für den Bedarf der Wanderer, von der Köpfergasse Buchhandlung als Wandschmuck eine Ansicht von Frankenberg, deren geschmackvolle Einrahmung der Hausvater, Herr Schellenberger, stiftete, von Herrn Sattlermeister Robert Leßring ein gerahmtes Spruchbild, von Herrn Klempnermeister Hellwig ein Deckglas, von Herrn Karl Stange Reliefforträt des Kaisers und des Kronprinzen, Ungenannt einen Zigarrenabschneider. Die Jahresversammlung schloß mit einem ausgesprochenen und von den Versammelten freudig aufgenommenen Dank an den verdienten Vorsitzenden des Vereins, Herrn Oberpfarrer Leß.

Die Königin Karola ist, wie aus Niva gemeldet wird, dort gestern nachmittag bei prächtigem Wetter eingetroffen.

Rüchlich hatte der Stadtrat zu Chemnitz beschlossen, dem Polizeihauptmann für den Dienstgebrauch ein Pferd und die Mittel zur Unterhaltung desselben zu gewähren. Das Stadtvorordnetenkollegium konnte sich indes in seiner Majorität nicht von der Notwendigkeit überzeugen, den Polizeihauptmann beritten zu machen, und so wurde die Ratsvorlage gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Das „Chemn. Tagebl.“ bringt heute die Wochenübersicht der Todesfälle von Chemnitz auf die Zeit vom 26. Februar bis 3. März, wonach in diesem Zeitraum einer Woche 36 Personen dem Typhus erlegen sind, also mehr als vom 1. Januar bis 25. Februar zusammen, aus welcher Zeit 35 Typhustodesfälle berichtet worden waren. Es wäre zu wünschen, daß die von uns gestern gebrauchte Chemnitzer Meldung, daß eine wesentliche Abnahme der Krankheit eingetreten, sich voll bekräftigt, da eine Epidemie ja immer bedrohlich auch für die Nachbarstädte ist. — In Chemnitz sollte in diesem Jahre der Verbandstag des sächsischen Bäckerverbandes „Saxonia“ abgehalten werden. Die Dresdner Bäcker-Zunft beschloß jedoch dieser Tage, beim gedachten Verbande dahin zu wirken, daß wegen der in Chemnitz herrschenden Epidemie eine andere Stadt zum Ort der Jahresversammlung bestimmt werde.

Rüchlich wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz (Verkauf sog. „Margarine“ für Naturbutter betreffend) ein Kaufmann in Postschappel

vom Dresdner Schöffengericht zu der namhaften Geldstrafe von 200 Mark, event. 6 Wochen Gefängnis nach einer längeren Beweisaufnahme verurteilt.

Zu vergangenem Sonntagabend hatte das Subkomitee des Hilfskomitees zu Cunewalde eine Versammlung einberufen. Nach einem kurzen Bericht über die Thätigkeit des Komitees wurde seitens des Kassierers im allgemeinen über Einnahme und Ausgabe der eingegangenen Liebesgaben referiert. Es sind bis jetzt eingegangen ca. 38 000 Mark, 1400 Flaschen Wein, einige Hundert Flaschen Selterswasser, außerdem Eier, Wäsche, Lustkissen, Decken u. c. Ausgegeben wurden bis vorigen Sonnabend 2100 Flaschen Wein, 400 Flaschen Selterswasser, 1400 Pfund Fleisch zu Suppen und 12 000 Mark bare Unterstüßungen. Die Sammlungen sollen nunmehr geschlossen und den edlen Gebern ein vorläufiger Dank in den Zeitungen abgestattet werden.

Vom Landtage.

Die Erste Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung auf Antrag ihrer 1. Deputation den mittelst lgl. Dekrets Nr. 19 eingebrachten Gesetzentwurf, die Regelung der Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betr., mit den von der Zweiten Kammer beschlossenen Änderungen und Anträgen unter Namensaufruf allenthalben einstimmig und ohne Debatte an.

Die Zweite Kammer beharrte auf Antrag der Beschwerde- und Petitionsdeputation auf ihrem am 23. Januar gefaßten Beschlusse, die von der Ersten Kammer für unzulässig erklärte Petition eines Invaliden um Gewährung von Invalidenpension auf sich beruhen zu lassen und sagte denselben Beschluß bezüglich einiger Petitionen, die Besteuerung von Ragen betr., nachdem Abg. Philipp darauf aufmerksam gemacht hatte, daß den Grundbesitzern ein weitgehendes Recht zum Wegfangen frei umherlaufender Ragen zustehe. Zum Schluß wurde auf Antrag derselben Deputation nach kurzer Debatte beschlossen, einer Beschwerde mehrerer Gemeinderatsmitglieder in Volkmarzdorf wegen einer Entscheidung des lgl. Ministeriums des Innern, die Auslegung von §§ 30 und 53 der revidierten Landgemeinordnung und des ersten Nachtrags des für Volkmarzdorf geltenden Statuts betr., zwar auf sich beruhen zu lassen, jedoch die lgl. Staatsregierung unter Ermächtigung dazu zu ersuchen, daß im Verordnungswege eine Auslegung des § 30 der revidierten Landgemeinordnung dahin vorgenommen werde, daß unter dem Worte „Staatssteuer“ lediglich die staatliche, von den Anhängigen als solche zu entrichtende Steuer, also dormalen die „Grundsteuer“ zu verstehen sei, jedoch mit der Maßgabe, daß die Stütigkeit derjenigen Statuten, in welchen die Einteilung der Anhängigen in Klassen nach der Einkommensteuer erfolgt ist, hierdurch nicht berührt wird, sofern die nach dem Berichte der Deputation anzunehmende Revision des Ortsstatuts innerhalb einer von der lgl. Staatsregierung zu bestimmenden Frist erfolgt ist.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zu allen Besorgnissen im Kaiserhause kommen neue! Unser greiser Kaiser, dem die letzten Wochen so unglückliches Leid gebracht, ist sehr schwer krank. Das alte Nierenleiden hat eine äußerst ungünstige Wendung genommen, welche zu großer Besorgnis Anlaß gibt. Als unser geistiges Blatt bereits die Presse verlassen hatte, traf ein Telegramm bei uns ein, welches von dem besorgniserregenden Zustand des Kaisers Mitteilung machte. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Bei dem Kaiser haben sich zu den seit Sonnabend, den 3. d. M., vorhandenen allgemeinen Erschlaffungserscheinungen, welche mit einer Affektion der Halschleimhaut und Reizung der Augenbindehaut verbunden waren, in den nächsten Tagen öfters eintretende schmerzhafteste Unterleibsbeschwerden gesellt. Seit gestern hat sich auch der Appetit wesentlich vermindert. Infolgedessen ist eine merkliche Abnahme der Kräfte eingetreten. v. Lauer, Leuthold.“ Von mittag an waren Fürst Bismarck und der Kriegsminister im Palais anwesend, der am Morgen eingetroffene Prinz Wilhelm wich nicht vom Krankenlager seines greisen Großvaters. Von 3 Uhr ab bildeten sich große Menschenansammlungen vor dem Palais, im Reichstage war es undurchdringlich leer, von irgend welcher Teilnahme für die Debatte war keine Spur vorhanden. Am späteren Nachmittag des Dienstag nahm der Kaiser etwas Nahrung zu sich. Es wird das als ein günstiges Zeichen gedeutet, doch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der diesmalige Krankheitsanfall viel, viel schwerer, als die früheren ist. Nach San Remo war sofort Nachricht über den Zustand des greisen Monarchen gesandt. Die Aufregung in Berlin war am Mittwochabend ungeheuer. Das Gerücht verstärkte die wenig günstigen Nachrichten über das Befinden des Kaisers noch ungeheuerlich, und rief allenthalben den heftigsten Schreck und die bitterste Sorge hervor. Staatssekretär v. Bötticher erschien am Abend im Reichstage und sagte dort, es gehe Sr.

Majestät besser, der Kaiser habe Nahrung genommen. Mittwochabend hat im Hinblick auf die schwere Krankheit des Kaisers eine außerordentliche Bundesrats-Sitzung stattgefunden. — Der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden, welche bekanntlich eine Tochter unseres Kaisers ist, kamen heute vormittag in Berlin an. Die Frau Großherzogin von Baden hat über eine Verschlimmerung ihres Augenleidens geklagt und ist es ungewiß, ob ihr Besuch den Zweck hat, Berliner Ärzte zu konsultieren oder dem Kaiser bei seiner neuen schweren Krankheit nahe zu sein.

Aus San Remo vom Dienstag veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ folgendes Bulletin: Der Kronprinz hielt sich gestern mehrere Stunden im Garten auf. Der Schlaf war wieder gut, im übrigen wie früher. Madonzie, Krause, Hovell, v. Bergmann, Bramann. Privatberichte melden noch: Der Kronprinz verbrachte eine recht gute Nacht, fühlte sich gestärkt, in guter Stimmung und nahm das Frühstück mit vielem Appetit ein. Husten und Auswurf haben sich noch weiter vermindert. Bei prächtigem Wetter promenierte er lange im Garten, er sieht nicht so wohl wie früher, aber auch nicht sehr schlecht aus. Er geht ruhig und stramm und erwidert freundlich die zahlreichen Grüße. Der Bart ist nicht schneeweiß, aber stark meliert. Auf Wunsch des Papstes werden an diesen jetzt tägliche Bulletins aus San Remo gesandt.

Eine neue Reichstagswahl steht für den pommerschen Wahlkreis Anklam-Dehmin bevor. Die Wahl des Abg. v. Matzahn-Schil zum Landrat des Kreises Dehmin gilt nämlich als zweifellos und muß daher dann sein Reichstagsmandat, in dessen Besitz er seit 1871 ist, niederlegen; er wird aber bei der Ersatzwahl von neuem kandidieren.

Der Abgeordnete Lombart hat selbständig einen Versuch mit innerer Kolonisation gemacht, indem er das Rittergut Steefow in einer Sandebene des Potsdamer Kreises in eine Dorfgemeinde umwandelte. Die Angelegenheit ist gegenwärtig so weit vorgeschritten, daß alle Höfe bis auf 2 verkauft sind. Die Auflassung der übrigen 21 ist erfolgt, die der beiden letzten wird sicher bis Johannis d. J. erledigt sein. Gegen die ursprüngliche Absicht ist die Zahl kleinerer Höfe durch die Teilung größerer vermehrt worden, weil sich herausgestellt hat, daß die Nachfrage nach kleineren Wirtschaften größer war, als nach mittleren, sogen. Halbpannerhöfen. Bei der Konstituierung der Landgemeinde wurde einem Halbstoffäthenhufe (10 Hektar) eine Stimme in der Gemeindeversammlung zuerkannt, dem Rossäthen (20 Hektar) 2, dem Doppelstoffäthen (40 Hektar) 4, dem Vollbauer 6 Stimmen. Die ganze Gemeindevertretung hat 72 Stimmen, davon fällt die Hälfte auf die 6 Bauernhöfe, die andere Hälfte auf die Rossäthen. Im August v. J. ist auch bereits von der Gemeindevertretung der Gemeindevorstand (Schulze und 2 Schöffen) gewählt worden. Am 1. Oktober d. J. soll der Schulzeher angestellt werden. Die Umwandlung des Ortsbezirks in einen Gemeindebezirk ist durch allerhöchsten Erlaß vom 1. Juni genehmigt und die Schenkung von 30 Hektar Land an die Gemeindefasse seitens des Herrn Lombart liegt augenblicklich zur Genehmigung vor. Was die finanzielle Seite der Sache betrifft, so ist die auf das vormalige Rittergut Steefow eingetragene Pfandbriefschuld von 224 100 M. zu 4 1/2 % zurückgezahlt und an deren Stelle auf die einzelnen Höfe ein Pfandbriefdarlehen von 207 900 M. zu 3 1/2 % eingetragen worden. Herr Lombart spricht in seinem Kolonisationsbericht die Zuversicht aus, daß das neue Steefow mit seinen 30 Feuerstellen einer gedeihlichen Zukunft entgegengeben und vielen anderen Dorfgemeinden würdig zur Seite stehen werde. Kapitalverlust ist nicht entstanden, ein Verdienst ist nicht beabsichtigt gewesen, Lombart hat vielmehr seinen 25jährigen Zinsausfall, sowie persönliche Kosten und Mühen selbst übernommen.

Auch eine deutsche Industrie wird unter dem französisch-italienischen Zollkrieg voraussichtlich schwer leiden. Durch Aufhebung des französisch-italienischen Handelsvertrages wurde nämlich der bisherige französische Zollfuß für Knöpfe von 40 Franken per 100 Kilo ebenfalls aufgehoben. Die deutsche Knopfindustrie ist bei ihrem Export nach Frankreich, der ziemlich bedeutend ist, insofern begünstigt, als Deutschland seine Produkte zu denselben Sätzen einführen konnte, wie Italien. Dem nun in keinem einzigen anderen französischen Handelsvertrage der Knopfartikel vorgeesehen ist, so fallen fortan Knöpfe in die betreffende Rubrik des allgemeinen französischen Zolltarifes und haben 150 Franken per 100 Kilo, also fast 4mal so viel, zu zahlen.

Elsaß-Lothringen. Vom 1. April an werden an allen Grenzbahnhöfen besondere Polizeikommissariate errichtet werden. Die betreffenden Beamten werden mit gewissen Befugnissen in politischen Angelegenheiten ausgestattet. Eine ähnliche Einrichtung besteht schon in Frankreich.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichisch-ungarische „Armee im Felde“ umfaßt 42 Infanterie-, 8 Kanalleriebataillionen. Es werden 15 Korps teils zu 2, teils zu 3 Infanteriebataillionen

aufgestellt. ständigen... über... stände. Ein... von 388... Führer... 5411 Mar... Korps von... stand von... 1237 Fuß... „Armee im... Mann, woz... unmittelbar... von gegen... sechs... Bewehr... division 37... 2 Infanter... Geschütze... 39 200 Ge... Gesamtzahl... (gewöhnlich... Verstärkung... Felde“ ist... truppen und... solche, aus... zu formiere... sationen... Festungen... truppen, w... im Felde“... zur Einschl... können. —... Armeen (A... reich) die... im ganzen... Estabronn... — Aus... französisch... Ministerium... ganz begre... Sitzungsber... trieb die Fr... aus welchen... fremder He... nicht in dem... nister den... rot ernannt... dieser auch... französische... schenß zur... stellt hat un... prozesse Sa... büreaus de... Kriegsminist... sieden für... Fremder m... zuerst in f... Johann sein... Dienste gele... „Vorkämpfer... vom Auswä... natürlich mi... der französi... kultigt, daß... „in der Kö... — Lulse... zum ersten... in der Deff... in einer Ve... von Synoed... Sträflinge... noch nicht... Rede in den... der Versam... hösin, die... listen aufzu... zeit zu rette... Tyrannen e... fünf Person... — Die... verteidigung... die Festungs... besondern... ten 8 Mill... weil bisher... konnten. — Die... Ungeheuer... binand diese... anlassen we... Fürsten die... werde. — Lord... stone einen t...

genommen...
Kronprin...
r. Madem...
Privat...
Stimmung...
ibert. Bei...
Garten, er...
nicht sehr...
erwidert...
ist nicht...
des Postes...
San Remo...
nt für den...
vor. Die...
ndrat des...
müß erhe...
festig er sei...
Erstwahl...
ndig einen...
em er das...
Potsdamer...
Die Ange...
daß alle...
der über...
stärker die...
sprüngliche...
ie Teilung...
gestellt hat...
größere...
Ben...
nem Halb...
dektar) 2...
ollbauer 6...
hat 72...
lauernhöfe...
gust v. J...
er Gemein...
worden...
angestellt...
in einem...
1. Juni...
Land an...
ngt augen...
finanzielle...
vormalige...
hulb von...
ren Stelle...
eben von...
Herr Kom...
Zuversicht...
neuerstellen...
elen ande...
n werde...
st ist nicht...
nen Präsi...
nd Röhren...
unter dem...
schwer...
alten...
ranzösisch...
Rilo eben...
ie ist bei...
eutend ist...
obuste zu...
ten. Do...
andelsver...
en fortan...
nen fran...
per 100...
an werden...
missariate...
werden mit...
ten aus...
schon in...
m Felde...
Es wer...
divisionen

aufgestellt. Aus den Korps, den übrigbleibenden selbständigen Infanteriedivisionen werden drei Armeen gebildet; über das Nähere entscheiden die jedesmaligen Umstände. Eine Infanteriedivision hat einen Verpflegungsstand von 388 Offizieren, 15 773 Mann, 2459 Pferden, 424 Fuhrwerken, eine Kavalleriedivision von 217 Offizieren, 5411 Mann, 5731 Pferden, 397 Fuhrwerken. Ein Korps von 2 Infanteriedivisionen hat einen Verpflegungsstand von 878 Offizieren, 34 535 Mann, 6972 Pferden, 1237 Fuhrwerken. Es ergibt sich darnach für die „Armee im Felde“ eine Stärke von ungefähr 770 000 Mann, wozu noch gegen 30 000 Mann als den Armeen unmittelbar unterstehend treten, sodas eine Gesamtstärke von gegen 800 000 Mann sich herausstellt. Der Gesamtstand beträgt für eine Infanteriedivision 12 844 Gewehre, 452 Säbel, 24 Geschütze, für eine Kavalleriedivision 3742 Säbel, 12 Geschütze, für ein Korps von 2 Infanteriedivisionen 26 347 Gewehre, 904 Säbel, 88 Geschütze, für ein solches von 3 Infanteriedivisionen 39 200 Gewehre, 1400 Säbel, 112 Geschütze. Die Gesamtzahl der Geschütze der „Armee im Felde“ beträgt (gewöhnliche Ausrüstung angenommen) 1704. — Eine Verstärkung der anfänglich aufzustellenden „Armee im Felde“ ist ermöglicht durch Neubildungen von Feldtruppen und durch Umwandlungen von Ersatztruppen in solche, aus welchen neue Truppeneinheiten und Korps zu formieren sind, sowie durch Heranziehung der Besatzungen der einer Bedrohung nicht unterliegenden Festungen unter Erziehung derselben durch Landsturmtuppen, welche auch direkt zur Entlastung der „Armee im Felde“ auf ihren rückwärtigen Verbindungen, sowie zur Einschließung feindlicher Festungen benutzt werden können. — Sehr bedeutend ist im Gegensatz zu andern Armeen (z. B. denjenigen von Deutschland und Frankreich) die Stärke der Stadstruppen, welche nach obigem im ganzen nicht weniger als 19½ Bataillone und 19 Eskadrons ausmachen.

Frankreich.
Aus der am 1. März fortgesetzten Debatte der französischen Kammer über den Etat des Auswärtigen Ministeriums verdient eine Episode Erwähnung, welche ganz begreiflicherweise die meisten Zeitungen in ihrem Sitzungsberichte gestrichen haben. Der Monarchist Bigot trieb die Indiskretion so weit, den Minister zu befragen, aus welchem Fonds er einer gewissen Persönlichkeit fremder Herkunft ein großes Gehalt bezahle, da dieselbe nicht in dem offiziellen Etat figuriere, obgleich der Minister den Betreffenden vor einiger Zeit zum Botschaftsrat ernannt habe. Damit war Julius Hanen gemeint, dieser auch in Deutschland nur zu sehr bekannte dänisch-französische Agent, der seit langen Jahren seinen Deutschensitz zur Verfügung der französischen Regierung gestellt hat und vor zwei Jahren in dem Landesvertratsprozeß Sarauw-Henschel als der Chef des Spionagébureaus des Pariser Auswärtigen Amtes wie des Kriegsministeriums entlarvt wurde. Florens trat entschieden für seinen Agenten ein, erklärte, derselbe sei kein Fremder mehr, sondern naturalisierter Franzose, habe zuerst in schwierigen Zeiten seinem Geburtslande und sodann seinem Adoptivvaterlande Frankreich die größten Dienste geleistet, habe zur Belohnung den Titel eines „Botschaftsrates“ erhalten, beziehe aber keinen Gehalt vom Auswärtigen Amte. Diese letztere Versicherung ist natürlich mit Vorsicht aufzunehmen und beweist nur, daß der französische Minister des Auswärtigen der Ansicht ist, daß man nicht die Unwahrheit sagt, wenn man „in der Nähe der Wahrheit“ bleibt.

— Louise Michel erschien am 4. d. M. in Paris zum ersten Male seit dem Mordversuch in Havre wieder in der Öffentlichkeit. Im Café du Commerce hielt sie in einer Versammlung, welche gegen die „Ermordung“ von Epocots und Santos in Neukaledonien — die beiden Sträflinge wurden dort zum Tode verurteilt, sind aber noch nicht hingerichtet — Einspruch erheben wollte, eine Rede in dem bekannten Anarchistentone. Die am Schluß der Versammlung angenommene Tagesordnung lautete dahin, die deutschen Sozialisten und die russischen Anarchisten aufzufordern, ihr Leben einzusehen, um die Menschheit zu retten, indem sie die Bourgeois, Kapitalisten und Tyrannen ermordeten. Nach der Versammlung wurden fünf Personen, darunter ein deutscher Sozialist, verhaftet.

Belgien.
Die Regierung verlangt für Zwecke der Landesverteidigung die Bewilligung von 6,650 000 Frks. Für die Festungswerke an der Maas stellt die Regierung keine besonderen Forderungen; die im vorigen Jahre bewilligten 8 Millionen sind zum größten Teile noch unberührt, weil bisher nur die Vorarbeiten vorgenommen werden konnten.

Großbritannien.
Die meisten Londoner Blätter glauben, daß die Ungeheuerlichkeit der Regierung des Fürsten Ferdinand diesem zum baldigen Verlassen Bulgariens veranlassen werde, daß sich indessen nach der Abreise des Fürsten die bulgarische Frage noch schwieriger gestalten werde.

— Lord Salisbury hat seinem alten Gegner Gladstone einen tüchtigen Hieb versetzt. Gladstones schwächstes

Stück war bekanntlich seine Sudan-Politik, der General Gordon in Khartoum zum Opfer fiel. Salisbury hat nun Briefe der Königin Victoria an die Schwester des Generals veröffentlicht, in welchen dieselbe ihren Unwillen darüber ausdrückt, daß Gordon nicht besser von der damaligen Regierung, also Gladstone, unterstützt worden sei.

Rußland.
Aus Petersburg meldet man, daß die letzten finanziellen Vorgänge die Stellung des Finanzministers thatsächlich erschüttert haben. Da indessen das Fassen rascher Entschlüsse nicht zu den Eigenschaften des Zaren gehört, so wird sich erst in einiger Zeit ergeben, welche Folgen derselbe dem Mißgeschick des Herrn v. Wyschnegradski geben will. Unmittelbar gefährdet ist dagegen im Augenblick der Justizminister Manassein. Vor einiger Zeit wurde ein außerordentlich reicher junger Mann des Namens Derois unter Kuratel gestellt, nachdem die Einwilligung des Zaren dazu eingeholt worden war. Es hat sich nachträglich ergeben, daß die Maßregel nur zum Zweck der Bereicherung der Kuratoren ergangen war, und ist der Justizminister in einer Weise in die Angelegenheit verwickelt, welche die Mißbilligung des Zaren in hohem Grade gefunden hat. Derselbe verfügte die Wiederaufhebung der Kuratel; der Justizminister hat sich unmittelbar darauf krank gemeldet und bezeichnet man seine Krankheit in Petersburg als eine politische. Zweifelhaft bleibt es, ob er sich davon erholen wird. Die Entscheidung über das weitere Schicksal Manasseins wird auch von großem Einfluß auf die Fragen über die Gestaltung der Verwaltungsreform in den Ostseeprovinzen sein, bezüglich deren zwischen dem Justizminister und dem Minister des Innern, dem Grafen Tolstoj, Differenzen bestehen. Es wird sehr bemerkt, daß die Angriffe gegen die Stellung Finnlands in der letzten Zeit sich mehren und stärken; man fragt sich hier, ob es im Interesse Rußlands liegen kann, alle seine Grenzländer vom Schwarzen Meere ab bis nach dem Caspischen zu in Aufregung und Gärung zu versetzen und sieht der Zukunft sehr wenig optimistisch entgegen.

Telegramm.

Berlin, 8. März 1888.
Der Kaiser schlief in letzter Nacht sehr unruhig, jedoch trat später mehr Ruhe ein. Eine Kräftezunahme ist leider nicht wahrzunehmen. Heute, Donnerstag, nachmittag hatte der Kaiser eine kurze Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck.

Im kaiserlichen Palais sind heute, Donnerstag, die Adjutanten und die Chefs des Militär- und des Zivil-Kabinetts ständig versammelt.

Das Reichsgeheißblatt veröffentlicht heute einen bereits am 17. November 1887 ausgefertigten kaiserlichen Erlass, betr. die Beauftragung des Prinzen Wilhelm mit der Stellvertretung des Kaisers und Königs in den laufenden Regierungsgeschäften. Der Wortlaut ist folgender:

„An des Prinzen Wilhelm Königl. Hoheit.
In Anbetracht der Wechselfälle Meiner Gesundheit, welche Mich vorübergehend zur Entloftung von Geschäften nötigen, und in Anbetracht der Krankheit und verlängerten Abwesenheit Meines Sohnes, des Kronprinzen, beauftrage Ich Eure Königl. Hoheit in allen Fällen, wo Ich einer Vertretung in den laufenden Regierungsgeschäften und namentlich in der Unterzeichnung von Ordres zu bedürfen glauben werde, mit dieser Vertretung, ohne daß es für die einzelnen Fälle einer jedesmaligen besonderen Ordre bedarf. Berlin, 17. November 1887. Wilhelm. Bismarck.“

Vermischtes.

* Ein Postbeamter kam im Januar 1886 in Berlin infolge Nichtbestimmung des Fußweges zu Falle und hatte sich dadurch eine Muskelverletzung des Oberschenkels zugezogen, welche seine teilweise Invalidität zur Folge hatte. Eine von demselben gegen die Stadtgemeinde Berlin als Eigentümerin des betreffenden Weges angestrenzte Klage hatte nach längerem Prozeß den Erfolg, daß die Berliner Stadtgemeinde zur Zahlung von monatlich 75 M. an den Beschädigten und zur Tragung der Prozeßkosten verurteilt wurde.

* Kleine Ursachen — große Wirkungen. Die Ursache des Sturzes des Präsidenten Grey in Paris, der großen Skandalgeschichten und des Prozesses Wilson ist nur — ein Kleid, ein ganz einfaches Frauenkleid. Frau Boissy, eine von den Ordensvermittlerinnen, wohnte im Sommer v. J. bei ihrer verachtigten Kollegin, der Frau Limouzin. Beide vertrugen sich aber nicht lange, und so erfolgte eine Trennung. Die Limouzin, die weder für Wohnung noch für Verpflegung Geld erhalten hatte, befiel nun einen Koffer der Boissy zurück, was die letztere als praktische Frau auch ganz natürlich fand. Nun befand sich im Koffer ein Kleid, welches Madame Boissy

zurückverlangte, da sie ohne dasselbe keine Besuche, also auch keine Geschäfte machen könne. Sie ließ die Limouzin wiederholt darum bitten und drohte zuletzt mit Veröffentlichung der ganzen Schwinbelgeschichte, wenn sie nicht binnen 8 Tagen ihr Kleid erhalte. Als die Limouzin darauf gar nicht antwortete, hielt die Boissy ihr Versprechen, und wenige Tage darauf erfolgte die Verhaftung des Generals Cassarel, womit der ganze Skandal begann. Wenn also Frau Limouzin Frau Boissy ihr Kleid wiedergegeben hätte, wäre Cassarel noch General, Wilson würde noch das Elysee bewohnen und Grey noch Frankreichs Gesandte lenken.

* Auf dem Schafberg im Salzammergute steht ein stattliches Gasthaus, welches während des Winters von 2 Hausnechten bewohnt wird. Vor 10 Tagen bemerkte man nun von unten aus 3 Flaggen aufgesteckt, welche als Notsignal und Hilferuf seitens der beiden auf dem Schafbergspitze lebenden Menschen galten. Obwohl dieselben vor ihrer Einwinterung mit allen Lebensmitteln versorgt wurden, so scheint dies für heuer angefaßtes des langandauernden schneereichen Winters doch nicht hinreichend der Fall gewesen zu sein. Trotz der ausgesteckten Notsignale wagte es jedoch während der ganzen Woche niemand wegen der aufgetürmten Schneemassen, den beiden Unglücklichen Hilfe zu dringen. Vor 2 Tagen sind die farbigen Flaggen verschwunden und an ihre Stelle ist eine schwarze Fahne getreten. Man nimmt nun an, daß einer der beiden gestorben ist oder beide dem Tode nahe sind und hiervon ein Zeichen geben wollen.

* Die Fleischschau für das von außerhalb in Berlin eingeführte frische Fleisch nimmt die Arbeitskraft zahlreicher Beamten in hohem Maße in Anspruch. Außer dem Oberthierarzt und dessen Stellvertreter waren bisher 16 Tierärzte, 8 Abstempeler, 7 Kontrollwächter und ein Inspektor damit beschäftigt. Es ist aber erforderlich geworden, zur Ueberwachung der Fleischzufuhr auf den Bahnhöfen und den Straßen nicht nur den Inspektor mehr als bisher heranzuziehen, sondern auch noch einen Kontrollrevisor zur Ueberwachung der Fleischzufuhr außerhalb der Stationen einzustellen. Die Jahresausgaben für diese Fleischschau betragen 211 000 Mark.

* Aus Monte Carlo wird geschrieben: Vor kurzem hat Georg Richter, Direktor einer Zuckerraffinerie bei Prag, den Tod in den Wellen der Moldau gesucht und gefunden, weil er ihm anvertraute Gelder angeblich im Börsenspiel verloren haben soll. Der Unglückliche hatte die Verluste keineswegs an der Börse, sondern vielmehr am grünen Tisch in Monte Carlo erlitten, wo er von Mitte Dezember v. J. bis Anfang Januar nicht weniger als 300 000 Franken verloren haben soll. Die unglückliche Witwe des Selbstmörders, die für 5 unmündige Kinder zu sorgen hat, wendete sich deshalb an den Prinzen Charles III. von Monaco um eine Unterstützung. Wütels Kabinettsbefehl wurde nun thatsächlich „La société des bains de mer de Monaco“ (die Gesellschaft des Seebades von Monaco), so lautet der unschuldige Titel der Spielbank, angewiesen, der Witwe Georg Richters, der 300 000 Franken in Monte Carlo verloren hat, eine Leibrente in der Höhe von 300 Franken jährlich auszuschicken.

Schiffsbewegung der Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Angelommen:	
„Polaria“, aus Hamburg, am 27. Februar in New-York;	
„Hungaria“, aus Hamburg, am 28. Februar in Vera Cruz;	
„Moravia“, aus New-York, am 29. Februar in Hamburg;	
„Francia“, aus Hamburg, am 1. März in St. Thomas;	
„Rugia“, aus Hamburg, am 3. März in New-York;	
„Sorrento“, aus Hamburg, am 4. März in New-York.	
Abgegangen:	
„Tentonia“ am 26. Februar von St. Thomas nach Hamburg;	
„Gothia“ am 28. Februar von New-York nach Stettin;	
„Marjala“ am 29. Februar von Hamburg nach New-York;	
„Poljania“ am 29. Februar von St. Thomas nach Hamburg;	
„Dorussia“ am 29. Februar von St. Thomas nach Hamburg;	
„Gellert“ am 1. März von New-York nach Hamburg;	
„Rhetia“ am 4. März von Hamburg nach New-York;	
„Bavaria“ am 5. März von Hamburg nach Colon.	

Briefkasten.

Stammtisch bei Fichtner, Auerwald. Wir teilen aus dem vom topographischen Bureau des kgl. sächs. Generalstabs aufgestellten „Höhen-Mannalen“ folgende interessante Ziffern mit:

	Meter über dem Niveaufuß.
Frankenberg. Höhenmarke am Rathaus	262,000
— Eintrittsstufe zur Hofwarte	307,000
— Mitte des Kirchturmkopfes	326,000
Sachsenburg. Thürschwelle der einstigen „Schloßgrotte“	302,000
Oberlichtenau. Höhenmarke am Bahnhofsgebäude	342,000
— Mitte der Uebergangsbücke nach Auerwald	346,000
Auerwald. Steinplatte rechts der Thüre vorm Gasthof „Erbsgericht“	284,000
— Steinplatte vor der Hausthüre der Amtschänke	288,000
— Abgang des Kommunikationsweges nach Draisdorf vom Dorfwege	286,000
— Mitte des Kirchturmkopfes	336,000
Garnsdorf. Sohle der Chemnitz unter der Brücke an der Spinnerei Reichenthal	262,000
— Mitte der Brücke über den Dorfbach in der Nähe der Mühle im unteren Dorfteile	266,000
— Höchster Punkt des Kommunikationsweges Niedergarnsdorf-Clausthal	334,000
— Höchster Punkt des Kommunikationsweges Niedergarnsdorf-Auerwald	327,000
— Rechte untere Treppentstufe am Schulgebäude	299,000

